



## NEWSLETTER

### In dieser Ausgabe:

Bundesmittel für Mehr-  
generationenhäuser bereitstellen

2

Insektenschutz geht nur mit den  
Bauern - Kompromiss bahnt  
sich an

So bekommen Sie  
Überbrückungshilfe III !

Elterngeld wird noch flexibler

3

Registernmodernisierungsgesetz:  
Schluss mit der Zettelwirtschaft

Harte Strafen für Betreiber von  
Kinderporno-Seiten

Marienheim Obernzenn -  
Bundeswehr unterstützt in  
Corona-Pandemie

4

KfW-Förderung in der Region  
Fast 360 Mio. Euro für  
Unternehmen, Kommunen  
und Bürger

### IMPRESSUM

Hrsg.: Christian Schmidt MdB,  
CSU im Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71630

Fax: 030 / 227 76962

E-Mail:  
christian.schmidt@bundestag.de

Bildnachweis: Thomas Lothar  
(Seite 1)

### Liebe Leserinnen und Leser,

jede Lockerungsstrategie braucht Augenmaß und Geduld. Wir sind bisher gut damit gefahren, die Schutzmaßnahmen immer auf das jeweilige Infektionsgeschehen abzustimmen. Dabei schauen wir nicht nur auf das Gestern und das Heute, sondern auch auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft. Daran sollten wir festhalten. Mit Blick auf die sozialen und wirtschaftlichen Härten, die die Schutzmaßnahmen leider auch mit sich bringen, wollen wir so früh, wie es vertretbar ist, aber auch so sicher wie möglich für mehr Freiräume sorgen. Unsere Antwort lautet: schützen, testen, impfen. Wichtige Bausteine in der Pandemiebekämpfung sind Corona-Tests und Impfungen. Beide Kampagnen nehmen weiter an Fahrt auf. Die Liefermengen beim Impfstoff erhöhen sich und die Zulassung eines weiteren Impfstoffs wird bald erwartet. Wir sollten auch auf den Zeitpunkt vorbereitet sein, dass die Impfzentren allein den verfügbaren Impfstoff nicht mehr verimpfen können. Hier muss eine klare Strategie stehen, bei der beispielsweise auch Hausärzte eingebunden werden.

Ganz besonders freue ich mich, dass nun Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht nur im Marienheim Obernzenn bei der Abstrichnahme für Schnelltests helfen. In einer nationalen Notlage ist die Bundeswehr zur Unterstützung bereit und fähig. Dafür meinen herzlichsten Dank!

### Herzliche Grüße

Ihr Christian Schmidt MdB  
Bundesminister a.D.

### Offensive für mehr Souveränität und Schnelligkeit beim Impfen



Die Probleme bei der Impfstoffbeschaffung zeigen, dass wir uns bei der Produktion von Impfstoffen in Europa wieder unabhängiger machen müssen von anderen Regionen der Welt. Deshalb wollen wir eine Offensive für mehr Souveränität und Schnelligkeit beim Impfen starten. Unser Ziel ist es, jedem Bürger so schnell wie möglich ein Impfangebot zu machen. Wir wollen deshalb eine umfassende Impfoffensive starten - für mehr Schnelligkeit bei Beschaffung und Impfungen und mehr Souveränität bei den Impfstoffen und Arzneimitteln. Derzeit befinden sich weltweit über 200 Corona-Impfstoffe in der Entwicklung. Als erfolgversprechende Impfstoffe und Therapeutika müssen wir uns jetzt Optionen sichern und eine zügige Wirksamkeitsprüfung der Impfstoffe aus Russland und China vornehmen.

Unser Ziel muss es sein, als Europa als erste die Verträge mit allen in Frage kommenden Herstellern abzuschließen und feste Liefermengen zu vereinbaren. Was uns bei Masken und Schutzbekleidung gelungen ist, muss uns jetzt auch bei den Impfstoffen gelingen: unabhängig zu sein von anderen Regionen der Welt. Deshalb wollen wir die europäischen Produktionskapazitäten für essenzielle Wirkstoffe, Impfstoffe und Therapeutika massiv erhöhen und ein Milliarden-Förderprogramm für den schnellen Ausbau der Impfstoffproduktion in Europa aufsetzen. Gleichzeitig wollen wir verbindlich regeln, dass unsere Pharma-Unternehmen alle wichtigen Komponenten in mindestens einer Variante in Europa produzieren.



Ausgabe 2 / 2021

## Bundesmitten für Mehrgenerationen- häuser bereitstellen

„Wir haben uns durchgesetzt, die Förderung des Bundes für die einzelnen Mehrgenerationen-häuser (MGH) für 2020 und 2021 jeweils um 10.000 Euro auf jährlich 40.000 Euro zu erhöhen“, betont Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt. Ziel sei es nun, dass die erhöhte jährliche Förderung ab 2022 beibehalten werde.

„Die Arbeit der MGH ist gerade für unseren sozialen Zusammenhalt, der in Zeiten der Corona-Pandemie umso mehr herausgefordert ist, noch bedeutender geworden. Das Engagement unserer hiesigen MGH, so z.B. des Mehrgenerationen-hauses Mütterzentrum in Fürth und der Dorflinde in Langenfeld, greift bei so schwierigen Situationen wie der Verein-samung von Menschen oder gibt Hilfestellungen bei kleineren und größeren Nachbarschaftsfragen. „Diese Arbeit gilt es weiterhin zu unterstützen.“ Eine Förderung von mindestens 40.000 Euro pro Jahr sei dafür angemessen. „Für eine Beibehaltung der Förderung mindestens in dieser Höhe setzen wir uns daher auch in den Haushaltsberatungen für 2022 ein.“

Für das Bundesnetzwerk, das die Arbeit der Häuser untereinander verbindet, sollte die Förderhöhe aus 2020 und 2021 von 50.000 Euro jährlich fortbestehen. Die CDU-/CSU-Fraktion hat bereits vorsorglich für das Jahr 2022 die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen erhöht. Allerdings bleibt die endgültige Bestätigung unter dem Vorbehalt des noch zu wählenden 20. Bundestags.

„Die MGH leisten einen unschätzbaren Mehrwert für das generationenübergreifende, gesellschaftliche Miteinander in Deutschland. Das wollen wir auch in Zukunft beibehalten.“

## Insektenschutz geht nur mit den Bauern - Kompromiss bahnt sich an

„Insektenschutz ist wichtig und richtig, er geht aber nur gemeinsam mit den Bauernfamilien!“ Dies betonte Bundeslandwirtschaftsminister a.D. Christian Schmidt MdB gegenüber dem Bayerischen Bauernverband und dem Verband Fränkischer Zuckerrübenanbauer, die zusammen zu einer Demonstration nach Ochsenfurt eingeladen hatten.

Auf Bundesebene müsse zwischen der Landwirtschafts- und Umweltseite eine tragfähige Lösung gefunden werden, die die bisherigen Leistungen der Bauernfamilien auf diesem Gebiet würdigt, einen weiteren Beitrag zum Insektenschutz liefert und die aber auch den Landwirten die Chancen gibt, ihre Flächen ordnungsgemäß und nachhaltig zu bewirtschaften.

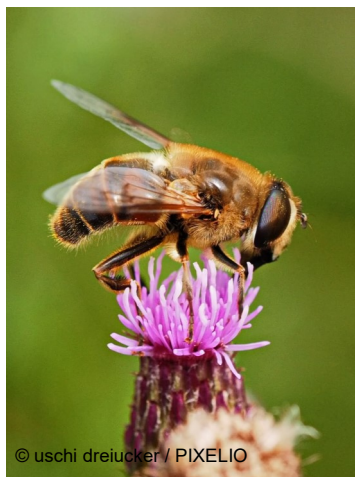
Schmidt sei es, wie auch der bayerischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, ein großes Anliegen, die umfangreichen freiwilligen Vertragsnaturschutz- und Extensivierungsverträge, z.B. zum Schutz von Bodenbrütern im Uffenheimer Gau, nicht zu gefährden. Freiwilligkeit müsse hier vor Ordnungsrecht gehen.

Der ursprüngliche Gesetzentwurf der Bundesumweltminis-

terin Svenja Schulze (SPD) sieht u.a. ein komplettes, großflächiges Verbot beim Pflanzenschutz-einsatz in Natura-2000 Gebieten. Damit wäre der Zuckerrübenanbau in der Region gefährdet.

Jetzt bahnt sich, so Schmidt, in Berlin ein Kompromiss an, zu dem viele, auch er, Ideen beigesteuert haben. So soll in FFH-Gebieten der Herbizideinsatz auf Grünlandflächen unter-sagt werden. Auf Ackerstandorten sei aber ein weiterer Beobachtungszeitraum - eine Art Moratorium - für drei Jahre im Gespräch. Sonderkulturen sollen hingegen konkret außen vor bleiben. Zur großen Kritik an der großflächigen Einbeziehung von FFH und Vogel-schutzgebieten erklärte der frühere Bundeslandwirtschaftsminister, dass bei deren Ausweisung die politische Zusage gegeben wurde, wonach dort ein "Erhaltungs-gebot" bestünde, die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung aber gewährleistet bliebe. Beides hätten sein Recht.

Schmidt sagte zu, den Fortgang der Gesetzesberatung in Berlin intensiv begleiten zu wollen.



## So bekommen Sie Überbrückungshilfe III !

Seit Beginn der Corona-Krise wurden insgesamt mehr als 80 Milliarden Euro an Hilfen für die Wirtschaft bereitgestellt und ausgezahlt – mehr als in jedem anderen Land der EU.

Jetzt können Unternehmen, Soloselbstständige, Freiberufler und gemeinnützige Organisationen die Überbrückungshilfe III beantragen.

Voraussetzung: Sie müssen einen Umsatzeinbruch von mindestens 30 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat haben. Die Hilfe kann für jeden Monat zwischen November 2020 und Juni 2021 beantragt werden.

Erstattet werden fixe Betriebskosten von bis zu 90 Prozent. Soloselbstständige, die nur geringe Betriebskosten haben, bekommen einen einmaligen Zuschuss von bis zu 7.500 Euro für den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2021.

Die staatliche Unterstützung muss nicht zurückgezahlt werden. Anträge können bis zum 31. August 2021 gestellt werden.

Alle Details für den Antrag finden Sie hier.

[www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de](http://www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de)





Ausgabe 2 / 2021

**#CSU** im  
Bundestag  
**LIEFERT**

## Elterngeld wird noch flexibler und stärkt Vereinbarkeit von Familie und Beruf

**#CSU** im  
Bundestag  
**LIEFERT**



© redsheep / PIXELIO

Nach Beschluss des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes betont Christian Schmidt MdB: „Rund 2 Millionen Eltern haben im vergangenen Jahr das Elterngeld bezogen – es ist die bekannteste und beliebteste Familienleistung Deutschlands. Mit der jetzt beschlossenen Reform erhalten Mütter und Väter mehr Möglichkeiten, die Zeit mit ihrem Baby

Die Reform des Gesetzes unterstützt zudem die Eltern von Frühchen, also von Kindern, die sechs oder mehr Wochen zu früh geboren wurden: Diese Familien können bis zu vier zusätzliche Elterngeldmonate erhalten. Dabei greift ein Stufenmodell – so verlängert sich der Bezug des Basiselterngeldes um einen auf 13 Monate, wenn die Geburt mindestens sechs Wochen vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin liegt. Bei mindestens acht Wochen verlängert sich der Anspruch auf 14 Monate, bei zwölf Wochen auf 15 Monate und bei 16 Wochen auf 16 Monate. Auf diese Weise unterstützten wir Mütter und Väter in dieser besonderen und intensiven Lebenssituation noch stärker und verschaffen ihnen zusätzliche finanzielle Spielräume. CDU/CSU haben zudem dafür gesorgt, dass Eltern, die den Partnerschaftsbonus nehmen oder genommen haben und aufgrund der Corona-Situation mehr oder weniger arbeiten, diesen Anspruch nicht verlieren oder das Elterngeld gar zurückzahlen müssen. Wir greifen damit diejenigen Sorgen der Eltern unbürokratisch auf, die uns durch Zuschriften insbesondere Anfang des Jahres erreicht haben.“

und mit einer Teilzeitbeschäftigung besser zu kombinieren. Denn die zulässige Arbeitszeit während des Elterngeldbezugs wird durch die Gesetzesnovelle auf 32 Stunden angehoben und der Partnerschaftsbonus, der die parallele Teilzeit beider Eltern ermöglicht, soll künftig mit 24 bis 32 Wochenstunden statt mit bisher 25 bis 30 Wochenstunden bezogen werden können.

## Registermodernisierungsgesetz: Schluss mit der Zettelwirtschaft - Wegweisendes Gesetz für eine bürgerfreundliche und digitale Verwaltung

Der Deutsche Bundestag hat das Registermodernisierungsgesetz verabschiedet. Dazu erklärt Christian Schmidt MdB:

„Wer will das nicht: Führerschein oder Elterngeld bequem von zu Hause beantragen, ohne die lästige Vorlage von Kopien von Personalausweis und Geburtsurkunde. Wir alle erwarten, dass Verwaltungsleistungen so einfach genutzt werden können wie zum Beispiel das Online-Banking. Das jetzt vom Bundestag beschlossenen Registermodernisierungsgesetz ist wegweisend für eine bürgerfreundliche und digitale Verwaltung. Künftig gilt: Schluss mit der Zettelwirtschaft. Das Registermodernisierungsgesetz schafft auf der Basis der Steuer-Identifikationsnummer ein registerübergreifendes Identitätsmanagement für die digitale Verwaltung. Bürgerinnen und Bürger müssen künftig nicht mehr bei jeder Beantragung von Verwaltungsleistungen ihre in staatlichen Registern gespeicherten Daten umständlich heraussuchen und neu eingeben. Der dabei vorgesehene Datenschutz genügt höchsten Ansprüchen, und die Nutzung der Identifikationsnummer ist für die Bürgerinnen und Bürger jederzeit transparent. Ein

leicht nutzbares ‚Datencockpit‘ bietet ihnen eine einfache, transparente und zeitnahe Übersicht darüber, welche Daten zwischen welchen Behörden übermittelt wurden.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird unter Hochdruck vorangetrieben: Bis Ende 2022 sollen mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes rund 600 Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen über Verwaltungsportale bequem von zu Hause oder aus dem Büro genutzt werden können. Wir haben mit unserem Konjunkturpaket dafür gesorgt, dass in den kommenden Jahren rund 3 Milliarden Euro zusätzlich in die Mammutaufgabe der Verwaltungsdigitalisierung fließen.“



© Alexander Klaus / PIXELIO

## Harte Strafen für Betreiber von Kinderporno-Seiten

Wir kämpfen für mehr Kinderschutz - und haben uns durchgesetzt: Betreiber von Seiten mit Kinderpornos drohen jetzt bis zu 10 Jahre Haft.

Wir schaffen die gesetzliche Grundlage, dass Betreiber dieser Plattformen oder Anbieter der Server-Infrastruktur sich nun ganz klar strafbar machen.

Bisher waren die Ermittlungen oft kompliziert, weil sich Betreiber herausgeredet



© Thorben Wengert / PIXELIO

haben, von nichts gewusst zu haben. Dem schieben wir klar einen Riegel vor! Und wir kämpfen weiter für mehr Kinderschutz. Wir wollen, dass Verurteilungen wegen Kindesmissbrauchs ein Leben lang im Führungszeugnis vermerkt bleiben.

Wir sind der Meinung: Wer sich einmal an Kindern vergangen hat, darf nie mehr beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern zu tun haben.



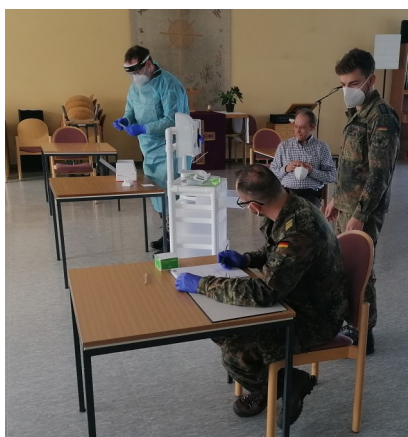
Ausgabe 2 / 2021

## Marienheim Obernenn - Bundeswehr unterstützt in Corona-Pandemie

Während der Corona-Pandemie wird die Situation in Pflegeeinrichtungen deutlich erschwert, denn oft fehlt es an Pflegepersonal. Im Marienheim Obernenn der Diakonie, unterstützt jetzt die Bundeswehr.

„Im Landkreis Neustadt a.D. Aisch - Bad Windsheim findet derzeit ein Amtshilfe-Einsatz der Bundeswehr statt“, betont Christian Schmidt MdB. „Ich freue mich sehr, dass ich mit einfädeln konnte, dass nun Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht nur im Marienheim Obernenn bei der Abstrichnahme für Schnelltests helfen. In einer nationalen Notlage wie wir sie gerade erleben, ist die Bundeswehr zur Unterstützung bereit und fähig. Ich danke der Truppe für ihren herausragenden Einsatz.“

Frank Lottes, der Leiter des Pflegeheims im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim, Manuela Füller geschäftsführende Leitung und Referent Thomas Weiss empfangen Hauptmann Oliver Block, der als Reservist zwischen der Bundeswehr und zivilen Behörden vermittelt, mit viel Dankbarkeit. „Wir haben 92 Bewohner und 70 Pfleger, wobei momentan 12 Mitarbeiter in Quarantäne sind. Die größte Schwierigkeit ist der Mangel an Pflegepersonal. Wenn ein Pfleger positiv getestet wurde, muss er in Quarantäne. Wurde z.B. der Partner positiv, der Pfleger jedoch negativ getestet, muss der Pfleger trotzdem in Quarantäne, da er als Kontaktperson eins zählt“, so Lottes. Seit Kur-



zem sind drei junge Soldaten des Logistik Batallions 467 aus Volkach zur Unterstützung im Marienheim, um die Pflegerinnen und Pfleger zu entlasten. Diese sind zwar nicht in der direkten Pflege tätig, jedoch im administrativen Bereich, sie dokumentieren, organisieren und führen Schnelltests durch.

Die Soldaten wurden durch das Pflegepersonal der Einrichtung im Testen geschult und eingewiesen. „Es war zunächst schwer sich selbst auch zu überwinden, den Schnelltest-Abstrich durchzuführen, da es doch ein Eingriff in das Persönliche ist, ein Stäbchen in die Nasenhöhle eingeführt zu bekommen“, so der Hauptgefreite Herger. „Das Schwierigste war jedoch der Anfang. Da die Senioren noch kein Vertrauen zu uns

aufgebaut hatten, waren wir zunächst im Hintergrund am Dokumentieren, bis wir die Aufgaben der Pfleger übernehmen konnten“, erklärt Stabsunteroffizier Fries. Mittlerweile freuen sich die Bewohner über neue, junge Gesichter.

Oberstabsgefreiter Stabinski, der bereits im Dezember in einem Seniorenheim mitgeholfen hatte, möchte den Senioren ein positives Gefühl vermitteln, vor allem in der momentanen Zeit zur Seite stehen und den Pflegerinnen und Pflegern unter die Arme greifen.

Das Marienheim Obernenn ist der Bundeswehr für die große Unterstützung dankbar.

Text und Foto: Veronika Block

## KfW-Förderung in Stadt und Landkreis Fürth sowie Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim Christian Schmidt MdB: „Fast 360 Mio. Euro für Unternehmen, Kommunen und Bürger“

„Ich freue mich, dass Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen in Stadt und Landkreis Fürth sowie im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim im Jahr 2020 fast 360 Millionen Euro an Zuschüssen oder zinsgünstigen Finanzierungen nach deren Information von der Förderbank KfW-Bankengruppe erhalten haben“, teilt Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB mit.

„Insgesamt fast 139 Millionen Euro gingen in die Stadt Fürth, in den Landkreis Fürth knapp 96 Millionen und in den Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim über 125 Millionen“, so der Bundestagsabgeordnete weiter. „Dies hilft Wirtschafts-, Umwelt- und soziale Vorhaben von Privat zu unterstützen. Das Instrument der Förderbank mit staatlichen Beiträgen ist ein Erfolgsthema für die Bürgerinnen und Bürger. Dass das Baukindergeld immer noch eine hohe Nachfrage verzeichnete, freut mich besonders. So konnten wir viele Familien dabei unterstützen, ihren Traum vom Eigenheim zu verwirklichen.“

Insgesamt 193 Zusagen für Baukindergeld in einer Gesamthöhe von 3,7 Millionen Euro gab es für Familien in der Stadt Fürth, im Landkreis Fürth waren es 261 Zusagen und 5,2 Mio. Euro sowie im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim 241 Zusagen über 4,9 Mio. Euro.



© Thorben Wengert / PIXELIO

„Unsere Kommunen und Bürger erhielten aber auch umfangreiche KfW-Förderung zum Beispiel für energieeffiziente, barrierefreie und einbruchssicheren Umbau- und Sanierungsmaßnahmen. Damit wurden wichtige Wachstumsimpulse für die regionale Wirtschaft gesetzt“, so Schmidt. „Gerade unser Mittelstand und unsere Familienunternehmen, das Handwerk und die freien Berufe stehen für nachhaltiges und solides Wirtschaften. Sie sind unser wirtschaftliches

Rückgrat – für technischen Fortschritt, Investition, Ausbildung, Beschäftigung. Deshalb ist es uns ein ganz besonderes Anliegen unseren Mittelstand und das Handwerk zu unterstützen“, betonte der Bundestagsabgeordnete.

Darüber hinaus haben die Corona Hilfsprogramme 2020 das KfW-Geschäftsvolumen und deren Förderzahlen auf einen historischen Höchststand steigen lassen. „Daran zeigt sich, dass die KfW auch einen wichtigen Beitrag zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie geleistet hat“, so Schmidt.

Den gesamten KfW-Förderreport 2020 finden Sie unter [www.kfw.de](http://www.kfw.de)